

alisierten Investitionen gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres stark zurückgegangen sind:

SWZ	Auslandsinvestitionen	
	zugesagt	realisiert
Xiamen	-37%	-27%
Shenzhen	-29%	-36%
Zhuhai	-53%	-53%
Shantou	-48%	-56%

Quelle: New China News Agency; *China Statistical Yearbook 1995*, in: SCMP, 20./21.10.95

Steigende Produktionskosten, insbesondere Lohnkosten sowie Immobilienpreise, in den SWZ zählen zu den wichtigsten Gründen für den Rückgang der Investitionen. Wie groß der Unterschied zwischen verschiedenen Regionen im Lohnniveau ist, zeigt die folgende Aufstellung anhand von einigen Beispielen:

Durchschnittliches Jahreseinkommen im Privatsektor (1994/Yuan)

Küstenregionen:	
	Yuan
Shanghai	9.617
Guangdong	8.216
Fujian	5.763

Inlandsregionen:

Guizhou	4.475
Shanxi	4.440
Henan	4.038

Quelle: New China News Agency; *China Statistical Yearbook 1995*, in: SCMP, 20./21.10.95

Als Folge dieser Entwicklung haben taiwanische Investoren bereits ihr Engagement in den SWZ reduziert. Beispiel hierfür ist die SWZ Xiamen, in der im Durchschnitt jährlich rd. 250 Investitionsprojekte mit taiwanischen Unternehmen abgeschlossen wurden. Bis Ende Oktober belief sich die Zahl der Projekte jedoch nur auf rd. 150. Auch in den anderen SWZ sank die Zahl der Investitionszusagen drastisch. (AWSJ, 20./21.10.95) -schü-

*(27)

Diskussion um Investitionsanreize für ausländische Unternehmen

Bereits seit einiger Zeit gibt es eine Diskussion um die Frage, wie lange noch bestehende Vergünstigungen für

ausländische Unternehmen aufrechterhalten werden. Hierbei geht es um drei Bereiche, die den Standort China für ausländische Unternehmen in der Zukunft verteuern könnten, nämlich um die zollfreien Importe von Anlagen und Ausrüstungen für die Weiterverarbeitung, um steuerliche Anreize in den Sonderwirtschaftszonen und um die Steuerrückvergütung im Exportgeschäft. Es wird angenommen, daß in diesen drei Bereichen ab Anfang 1996 eine neue Politik verfolgt wird, allerdings gab es bis Ende Oktober noch keine offizielle Bestätigung der chinesischen Regierung hierzu.

Die oben genannten steuerlichen und Zollanreize waren Anfang der 80er Jahre eingeführt worden, um China attraktiv für Auslandsinvestoren zu machen. Ein Blick auf den Zustrom von Auslandskapital seit Mitte der 80er Jahre zeigt, daß China in der Lage war, einen großen Anteil der ausländischen Investitionen zu absorbieren, die in die Länder der Dritten Welt flossen. Die Investitionsanreize haben hierzu - neben anderen Einflußfaktoren - sicherlich erheblich beigetragen. Auslandsunternehmen beschäftigen inzwischen mehrere Millionen Arbeitskräfte in den östlichen Küstenregionen und tragen mit mehr als einem Drittel zum chinesischen Außenhandel bei.

Die Diskussion um die Abschaffung bestehender Investitionsanreize wird im Zusammenhang mit den Anstrengungen der Zentralregierung gesehen, die Einnahmen im Staatshaushalt zu erhöhen, um anstehende regionalpolitische und strukturpolitische Probleme lösen zu können. (AWSJ, 30.10.95)

Daß zum 1. Januar 1996 die Steuer-rückerstattung im Exportgeschäft nochmals reduziert wird, scheint inzwischen deutlich zu werden. Diese Rückerstattung war bereits von 17% (für die meisten Produkte) Anfang d.J. auf 14% im Juli gesenkt worden und soll voraussichtlich erneut auf 9% reduziert werden. (SCMP, 28.10.95) -schü-

Binnenwirtschaft

*(28)

Wirtschaftsentwicklung bis zum 3. Quartal 1995

In seinem Bericht zur Wirtschaftsentwicklung bis zum 3. Quartal 1995 wies der Sprecher des Staatlichen Statistik-

amtes darauf hin, daß erste Erfolge bei der Kontrolle der Inflation erreicht worden seien und die Wirtschaftsentwicklung entsprechend den vorgegebenen gesamtwirtschaftlichen Zielen erfolge. (XNA, 20.10.95)

Bruttoinlandsprodukt:

Der Anstieg des BIP um 9,8% bis zum 3. Quartal 1995 im Vergleich zur Vorjahresperiode wird vom Statistikamt als positives Resultat der restriktiven Wirtschaftspolitik interpretiert. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.10.95, nach SWB, 25.10.95) Im 1. Quartal d.J. hatte die Wachstumsrate noch 11,2% und im 1. Halbjahr 10,3% betragen und nähert sich nun an die geplante gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate für 1995 von 8 bis 9% an. Die Planvorgabe liegt deutlich niedriger als die Wachstumsrate des letzten Jahres in Höhe von 11,8%.

Industrieproduktion:

Die Wertschöpfung in der Industrie erreichte bis zum 3. Quartal einen Wert von 1.282 Mrd. Yuan und stieg um 13,4% gegenüber der Vorjahresperiode, in der eine Wachstumsrate von 21,8% verzeichnet wurde. Das Abflachen der Wachstumsrate wird vom Statistikamt ebenfalls als Ergebnis der restriktiven Makropolitik betrachtet. Die staatseigene Industrie verzeichnete bis zum 3. Quartal eine Zunahme der Wertschöpfung um 7,1%.

Die regional unterschiedlichen Wachstumsraten der industriellen Wertschöpfung näherten sich bis zum 3. Quartal mit einem Anstieg der Industrieproduktion in den Küstenregionen um 15,5% und der Inlandsprovinzen um 10,7% an. Die Differenz in den Wachstumsraten nahm gegenüber der Vergleichsperiode des letzten Jahres um 3,4% ab.

Wie eine Untersuchung von 370.000 Unternehmen zeigt, befinden sich viele Industrieunternehmen in einer schwierigen Situation. So ging die industrielle Effizienz um 4,49% gegenüber den ersten acht Monaten des Vorjahres zurück. Die Gewinne waren um 9,9% geringer und sowohl die Gesamtverluste der Unternehmen als auch die Anzahl der Verlustunternehmen erhöhten sich. Die Dreiecksverschuldung der Unternehmen nahm um 120 Mrd. Yuan gegenüber dem Jahresbeginn zu, und auch das Problem der Kapitalknappheit für die Unternehmen verschärfte sich weiter. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 9.10.95, nach SWB, 18.10.95)

Energieproduktion:

Bis zum 3. Quartal 1995 betrug der Kohleoutput 937,95 Mio.t, eine Zunahme um 6,53% gegenüber der Vorjahresperiode. Die Produktion von Rohöl belief sich auf 111,26 Mio.t (+1,22%) und von Erdgas auf 12,785 Mrd.cbm (+2,41%). Die Elektrizitätserzeugung erreichte in der genannten Periode ein Volumen von 728,944 Mrd.kWh (+9,75%), davon entfielen 142,151 Mrd.kWh auf Hydroenergie (+13,58%). (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 20.10.95, nach SWB, 21.10.95)

Anlageinvestitionen:

In den ersten neun Monaten d.J. stiegen die Anlageinvestitionen des Staatssektors um 17,6% (689,2 Mrd. Yuan) gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen war damit im 3. Quartal 1995 um 26,3% niedriger als im Vorjahr und spiegelt den Ausführungen des Staatlichen Statistikamtes nach die erfolgreiche Beschränkung des Investitionswachstums wider.

Einzelhandel und Preisentwicklung:

Der Einzelhandelsumsatz belief sich in den neun Monaten d.J. auf 1,4418 Bio. Yuan, ein Anstieg von nominal 29,6% und von real 11,1%.

Bis Ende des 3. Quartals erhöhten sich die Einzelhandelspreise um 16,6% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Im September stiegen die Einzelhandelspreise um 11,4% gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Vergleich zum Dezember 1994, in dem mit einem Preisanstieg von 23,2% die höchste Inflationsrate verzeichnet wurde, flachte die Preissteigerungsrate deutlich ab. Das Statistikamt rechnet damit, daß die Zunahme der Inflation bis Ende des Jahres auf unter 15% beschränkt werden kann.

Beschäftigung und Einkommen:

Die städtische Arbeitslosenquote wird mit 2,8% angegeben. Das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Beschäftigten betrug im Zeitraum Januar bis September d.J. 2.880 Yuan, eine Zunahme gegenüber der Vorjahresperiode von nominal 25,5% und real 5,8%. Das durchschnittliche ländliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 1.120 Yuan; die Einkommen stiegen nominal um 34% und real um 10%. (XNA, 20.10.95)

Landwirtschaft:

Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft erhöhte sich in der Periode Januar bis September um 5% und betrug 579 Mrd. Yuan. Es wird mit einem Getreideoutput von 455 Mio.t und einer Ernte bei ölhaltigen Früchten von 21 Mio.t gerechnet.

Außenwirtschaftliche Entwicklung:

Das Exportvolumen betrug bis zum 3. Quartal 1995 107 Mrd.US\$, ein Anstieg um 34,8% gegenüber der Vorjahresperiode. Die Importe beliefen sich auf 90,6 Mrd.US\$, das waren 16,2% mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 1994. Der Exportüberschuß erreichte Ende September 16,4 Mrd.US\$.

Die Devisenreserven Ende September d.J. verzeichneten eine Rekordhöhe von 69,8 Mrd.US\$; dies waren 18,2 Mrd.US\$ mehr als zu Beginn d.J. (XNA, 20.10.95)

Für das gesamte Jahr 1995 erwartet das "Information Center of the State Economic and Trade Commission" in Beijing einen Anstieg des BIP auf rd. 5 Bio.RMB bzw. eine reale Wachstumsrate von 10,3%. Es wird davon ausgegangen, daß die realen Wachstumsraten der Landwirtschaft um 4,3%, des Industriesektors um 13,8% und des Tertiärsektors um 9% betragen werden. Bei einer Erhöhung der Exporte auf 143 Mrd.US\$ und Einfuhren auf 133 Mrd. wird mit einem Handelsbilanzüberschuß von rd. 10 Mrd.US\$ gerechnet.

Das "Information Center of the State Economic and Trade Commission" geht von einer Zunahme der Gesamtinvestitionen in festes Anlagevermögen um 20% auf rd. 1,9 Bio. Yuan aus. Diese Wachstumsrate wäre dann um acht Prozentpunkte niedriger als diejenige des Vorjahres. (NFA, 18.10.95)

Ausländische Wirtschaftsexperten prognostizieren, daß im 4. Quartal eine erneute Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumstempos erfolgen wird. Chen Xingdong bei Crosby Securities weist darauf hin, daß die Industrie- und Handelsbank im September den Kreditrahmen für Unternehmen in den 35 größten Städten ausgeweitet hat. Auch die Aufbaubank soll die Kreditrestriktionen für Schlüsselprojekte gelockert haben, um Umlaufkapital für profitable Unternehmen bereitzustellen. Die Lockerung betrifft allerdings nicht

den Zugang zu Investitionskrediten, sondern soll lediglich die Liquidität der Unternehmen wiederherstellen.

Mit einem Abflachen des Wirtschaftswachstums auf unter 10% rechnet dagegen Fan Gang vom Wirtschaftsinstitut der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Diese Entwicklung erfolge im Rahmen der staatlichen Makrosteuerung. Allerdings müsse China nach wie vor ein relativ hohes Wachstum aufrechterhalten, um die anstehenden wirtschaftlichen Probleme lösen zu können. (SCMP, 20.10.95) -schü-

*(29)

Inflationseindämmung erforderte administrative Eingriffe

Das Staatliche Statistikamt berichtet von einem Anstieg der Einzelhandelspreise im September von lediglich 11,4%. Gegenüber der Inflationsrate von über 20% im Vorjahr, die mit einem Anstieg der Einzelhandelspreise um 23,2% im Dezember 1994 ihren Höhepunkt hatte, ist ein deutliches Abflachen der Inflation eingetreten. Für die Gesamtperiode des 3. Quartals d.J. gibt das Statistikamt eine Erhöhung der Einzelhandelspreise um 16,6% gegenüber der Vorjahresperiode an. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.10.95, nach SWB, 25.10.95)

Die Zunahme der Verbraucherpreise betrug bis September 13,2% im Vergleich zur Vorjahresperiode; bis August hatte der Anstieg der Verbraucherpreise 14,5% und bis July 16,7% betragen. Die relativ geringe Zunahme der Lebensmittelpreise, die mit mehr als der Hälfte zur Erhöhung der Verbraucherpreise beitragen, war ursächlich für das Abflachen der Preisentwicklung. Während die Lebensmittelpreise im Juli eine Zunahme von 24,4% aufgewiesen hatten, stiegen die Preise im August noch um 19,3% und im September um 17,3%. Insbesondere die Getreidepreiserhöhung verlief wesentlich langsamer mit einer Preissteigerung auf Jahresbasis von 28,5% im Juli, 25,3% im August und 21,5% im September. (SCMP, 17.10.95)

Der Rückgang der Inflationsentwicklung war besonders in den größten Städten spürbar:

- In Shanghai belief sich die Inflationsrate im September auf 12,3%; im August hatte die Preissteigerung noch 16,3% und im Juli 20,8% betragen.

- In Beijing erreichte die Preissteigerung im September 14,2%; im August hatte die Inflationsrate einen Wert von 14,3% und im Juli von 18,6% erreicht.
- In Guangzhou betrug die Inflationsrate 11,4%; im August hatte die Preisentwicklung 11,9% und im Juli 13% ausgemacht.

Für Nordostchina wird dagegen von einer Zunahme der Inflation berichtet, die u.a. aufgrund der Überschwemmungen im Juli und August erwartet worden war. (SCMP, 10.10.95)

Nach Angaben von Sun Shanqing, Leiter des Forschungszentrums beim Staatsrat, konnte durch die Beschränkung neuer Investitionsprojekte und die beschleunigte Fertigstellung laufender Projekte die Inflation unter Kontrolle gebracht werden. Allerdings sei die Kontrolle nur durch administrative Eingriffe, die von Anweisungen bis Verboten durch die Regierung reichten, möglich gewesen. Zukünftig hoffe die Regierung, indirekte Maßnahmen zur Inflationskontrolle einsetzen zu können. (SCMP, 11.10.95)

Die Ergebnisse der restriktiven Kreditpolitik bezeichnete Dai Xianglong, Präsident der Zentralbank, Anfang Oktober d.J. als günstig hinsichtlich der Inflationsbeschränkung. Bis Ende September stieg die Geldmenge M 1 um 18,3% gegenüber der Vorjahresperiode, in der eine Zunahme um 32,5% stattgefunden hatte. Mit einer Steigerung um 30,6% war die Geldmenge M 2 zwar deutlich höher, lag aber noch um 6,5% unterhalb der Steigerungsrate der Vergleichsperiode. Auch zukünftig, so Dai Xianglong, werde die Zentralbank eine Kreditpolitik verfolgen, die die Inflationsentwicklung berücksichtigt. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 10.10.95, nach SWB, 18.10.95)

Für das kommende Jahr prognostiziert Xu Hongyuan, Ökonom bei der Staatlichen Planungskommission, eine Inflationsrate von rd. 9%. Voraussetzung sei allerdings eine vorsichtige Fortführung der Preisreformen. Durch die Liberalisierung der Preise dürfe die Inflationsrate nicht mehr als 3% zusätzlich steigen. (XNA, 30.10.95) -schü-

*(30)

Krise der Staatsindustrie verschärft Arbeitslosigkeit

Neben der offiziellen städtischen Arbeitslosenquote von 2,8% im Zeitraum Januar bis September 1995 (XNA,

20.10.95) berichtet die Xinhua-Nachrichtenagentur vom 17.10.95 jedoch auch über die Anzahl der überschüssigen Arbeitskräfte in den staatseigenen Verlustunternehmen. Ende 1994 habe der Anteil der Verlustunternehmen 34% betragen, davon seien 12% der Arbeitskräfte bzw. rd. 10 Mio. Beschäftigte überschüssig. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 17.10.95, nach SWB, 21.10.95) Ausländische Experten gehen davon aus, daß die verdeckte Arbeitslosigkeit in den Städten jedoch noch höher liegt und rd. 20% beträgt. (FT, 6.10.95)

Von der restriktiven Kreditpolitik sind vor allem staatseigene Verlustunternehmen mit Absatzschwierigkeiten und geringen Umlaufmitteln hart getroffen, deren Liquiditätsschwierigkeiten sich verschärft haben. Oftmals sind diese Unternehmen nur noch rudimentär zahlungsfähig und müssen ihre Beschäftigten mit einem geringen Grundlohn auf unbefristete Zeit nach Hause schicken. In vielen Fällen sind die Unternehmen nur noch unzureichend in der Lage, die Kosten der Gesundheitsversorgung zu tragen. Statistisch sind sie zwar nicht als Arbeitslose erfaßt, doch arbeiten sie de facto nicht mehr in den Unternehmen.

Auch solche Unternehmen, die bereits seit langem Verlust machen, werden noch mit Notkrediten über Wasser gehalten. Bei einem Konkurs dieser Unternehmen würde auch der Minimallohn für die Arbeiter wegfallen, die dann aufgrund fehlender Absicherung durch eine Arbeitslosenversicherung ohne finanzielle Unterstützung blieben. (AWSJ, 19.10.95) -schü-

*(31)

Programm zur Wiedereinstellung von Arbeitskräften in Beijing

Mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung in Beijing konnte die Stadt im Verlauf der letzten Jahre mehr als 220.000 arbeitslosen und überschüssigen Arbeitskräften einen Arbeitsplatz vermitteln. Aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung wurden Weiterbildungsprogramme finanziert, die den Teilnehmern die Aufnahme neuer Beschäftigungen erlaubte.

Insgesamt wurden in Beijing über neu eingerichtete Stellenvermittlungen 710.000 Arbeitsplatzsuchende vermittelt, einschließlich 100.000 überschüssige Arbeitskräfte. Die Gesamtzahl der Arbeitskräfte, die in das System der

Arbeitslosenversicherung aufgenommen wurden, beläuft sich auf 2,2 Mio. in Beijing; derzeit erhalten 17.000 Arbeitskräfte Arbeitslosenunterstützung.

Die Entwicklung des arbeitsintensiven Dienstleistungssektors hat in Beijing wesentlich zur Reduzierung des Beschäftigungsdrucks beigetragen. Von den Arbeitsämtern wurden hierfür u.a. 17 Betriebe eingerichtet, die arbeitslose und überschüssige Arbeitskräfte einstellen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 17.10.95, nach SWB, 21.10.95)

Landesweit wurden im Verlauf des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) für rd. 36 Mio. Arbeitskräfte neue Arbeitsplätze geschaffen. Das Programm zur Wiedereinstellung von Arbeitslosen begann 1993 und will die Arbeitslosen auffangen, die bei der Umstrukturierung der Industrie ihre Beschäftigung verloren haben. Landesweit gibt es insgesamt 25.000 Arbeitsplatzvermittlungsstellen und 2.600 Ausbildungszentren. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 13.10.95, nach SWB, 17.10.95) -schü-

*(32)

Die 500 größten Unternehmen Chinas

Ende Oktober stellte der stellvertretende Finanzminister Zhang Youcai auf einer Pressekonferenz die 500 größten Unternehmen vor. Zur Auswahl standen 1.100 Unternehmen, die von verschiedenen Abteilungen der Zentralregierung und den Abteilungen für die Staatliche Verwaltung des Staatseigentums auf Provinzebene vorgeschlagen worden waren. Auswahlkriterien bildeten u.a. der Wert der Unternehmensaktiva, das Verhältnis zwischen Aktiva und Passiva, Gesamtgewinn, Steuerablieferungen und Kapitalrendite. Die drei größten der 500 Unternehmen sind die Baoshan Iron and Steel (Group), Beijing Railway Bureau sowie Zhengzhou Railway Bureau. Zhang, der gleichzeitig Direktor der Staatlichen Verwaltung für Staatseigentum (State Administration of State Property, SASP) ist, hob die zentrale Bedeutung der staatseigenen Unternehmen für die gesamte Wirtschaft in China hervor, die auch zukünftig bestehen werde.

Jedes der 500 Unternehmen weist Aktiva im Werte von über 280 Mio. Yuan (rd. 33,7 Mio. US\$) auf; die Aktiva von 22 der Unternehmen haben einen Wert von über 10 Mrd. Yuan. Das Gesamtvermögen der 500 Unternehmen

beläuft sich auf 2.857 Mrd. Yuan; ihre Netto-Aktiva wurden 1994 mit 1.162 Mrd. Yuan bewertet.

Von den 500 Unternehmen sind 311 Unternehmen, die sich vollständig im staatlichen Eigentum befinden, 123 sind staatliche Unternehmensgruppen, 34 sich Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 23 sind börsennotierte Unternehmen und 9 Unternehmen sind sino-ausländische Joint-Venture-Unternehmen. Von den Unternehmen unterstehen 248 der zentralen Regierung und 252 den Lokalregierungen. Geographisch aufgeteilt, liegen 309 in der Ostregion, 114 in Zentralchina und 77 in Westchina.

Die 500 größten Unternehmen, die sich überwiegend im staatlichen Eigentum befinden, weisen einen Anteil von 36,04% am Gesamtvermögen aller Staatsunternehmen auf; nicht einbezogen wurden staatliche Unternehmen im Banken- und Nicht-Bankensektor. Ihre Netto-Aktiva und Gewinne stellen einen Anteil von 49,31% und 78,39% der Gesamtkтива und Gewinne aller Staatsunternehmen.

Zhang zufolge wird anhand der 500 größten Unternehmen deutlich, daß diese Unternehmen, insbesondere die der Zentralregierung unterstellten Unternehmen, den Hauptanteil des staatlichen Eigentums auf sich vereinigen. Die großen Staatsunternehmen wiesen eine hohe Effizienz als Folge von Skalenerträgen auf und stellten das Rückgrat der Wirtschaft dar. (Xinhua News Agency, in English, 20.10.95) -schü-

Taiwan

*(33)

Neue französische Waffenlieferungen an Taiwan?

Einer Meldung der Tageszeitung *Lianhe Bao* (22.10.95) zufolge hat Taiwans Militär mit dem Vertreter der Regierung in Paris im September ein Memorandum über Waffenkäufe unterzeichnet, mit dem das französische Verteidigungsministerium Waffenlieferungen an Taiwan in Zukunft garantiert. Wie berichtet (C.a., 1992/11, Ü 42), hatte Taiwan 1991-92 6 Fregatten der La-Fayette-Klasse im Wert von 2 Mrd. US\$, 60 Kampfflugzeuge vom Typ Mirage 2000-5 und 1.500 Luft-Luft-

Raketen MICA sowie Magic-2 für Mittel- bzw. Kurzstrecken im Gesamtwert von 3,5 Mrd. US\$ von Frankreich gekauft. Dies führte zu schweren Belastungen der Beziehungen Frankreichs mit Beijing. Im letzten Jahr versicherte die französische Regierung unter Edouard Balladur Beijing, in Zukunft keine neuen Waffen mehr an Taiwan zu liefern. Davon unberührt bleiben allerdings die alten Verträge.

Der erste Schub von Mirage-Flugzeugen soll erst 1997 geliefert werden. Im Memorandum verpflichtet sich Paris den Wünschen Taiwans entsprechend zur Einhaltung der Lieferfrist, der Qualität und des Festpreises aller Waffen nach dem Kaufvertrag sowie zur Lieferung von Ersatzteilen. Dem Bericht der LHB zufolge soll die französische Rüstungsbehörde der taiwanesischen Seite den Eindruck vermittelt haben, daß Frankreich in Zukunft alle Rüstungsgüter bis auf nukleare Waffen liefern werde. Der Leiter der Behörde habe inoffiziell geäußert, "Taiwans Truppen würden innerhalb von zehn Jahren völlig auf das französische Waffensystem umgerüstet sein".

Zwischen Taiwan und Frankreich bestehen keine diplomatischen Beziehungen. Formell wurde das Memorandum vom halbamtlichen Vertreter Taiwans in Paris, Qiu Junnan (Chiou Jung-nan), und dem französischen halbamtlichen Vertreter in Taipei, Jean-Paul Reau, unterzeichnet, doch tatsächlich stehen die Regierungen beider Seiten dahinter. Im Mai d.J. sei - der LHB zufolge - der Leiter der französischen Rüstungsbehörde zur Verhandlung des Dokuments nach Taipei gereist, und im Juli habe ein Vertreter der Behörde bereits den Vertragsentwurf mitgebracht. Im Oktober hielt sich dann nach einem Bericht der CNA der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte von Taiwan, Li Zhenlin (Li Chen-lin), zehn Tage in Frankreich auf und besichtigte die dortige Rüstungsindustrie. Gleich nach seiner Rückkehr nach Taiwan sickerte die Nachricht des Kaufs von 500 französischen Mistral-Raketen durch. (SCMP, 25.10.95)

Die französische Regierung gab zum genannten Memorandum keinen Kommentar ab. Jedoch wurde die Bereitschaft zur Lieferung von Mistral-Raketen von einer "zuverlässigen Quelle" bestätigt. Das Geschäft sei bereits vor 1994 verhandelt worden und widerspreche daher nicht dem Versprechen ge-

genüber Beijing, keine neuen Waffen an Taiwan zu verkaufen. Außerdem handele es sich bei den Mistral-Raketen um eine schultertragende "defensive" Waffe, die eine Schußweite von nur 3 km habe und das chinesische Festland nicht bedrohen könne, so hieß es. (IHT, 26.10.95; ZYRB, 28.10.95; CP, 27.10.95)

Aus dem chinesischen Außenministerium kam am 24. Oktober die Verlautbarung über "außerordentliche" Besorgnis über die Nachricht des Verkaufs neuer französischer Waffen an Taiwan, doch ist bislang kein formeller Protest erfolgt. Am 25. Oktober unterzeichnete China überdies einen Vertrag über den Bau eines Kernkraftwerks durch französische Unternehmen im Wert von 9,45 Mrd. FF. Offenbar hatte Paris Beijing über das neue Waffengeschäft mit Taiwan vorab durch diplomatische Kanäle informiert. (IHT, 25.10.95) -ni-

*(34)

"Aprilwetter" in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße

In einem Interview für die amerikanische Nachrichtenzeitschrift *U.S. News and World Report* am 11. Oktober sagte Jiang Zemin, Staatspräsident der VR China und Vorsitzender der KPCh auf dem chinesischen Festland, daß er für die chinesische Vereinigung einen Besuch von Li Denghui (Lee Teng-hui), Staatspräsident der Republik China und Vorsitzender der Regierungspartei KMT auf Taiwan, in Beijing begrüße. Wenn er, Jiang, eine Einladung von Taiwan erhalte, sei er auch bereit, dorthin zu gehen. Ferner meinte er, nach der chinesischen Vereinigung werde Beijing keinen Beamten nach Taiwan senden, umgekehrt aber dürften Politiker aus Taiwan führende Positionen in der Zentralregierung (Beijing) einnehmen, mit "Ausnahme seines Amts als Staatspräsident". (Nach LHB, 16. und 18.10.95; ZYRB und CP, 16.10.95; DGB, 19.10.95)

Der Vorschlag ist eigentlich nicht neu. In der Vergangenheit haben sowohl Jiang als auch Li bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Bereitschaft für ein Zusammentreffen wiederholt geäußert. (Vgl. dazu LHB, 16.10.95) Aber angesichts der angespannten Lage in der Taiwan-Straße seit drei Monaten (siehe dazu C.a., 1995/7-9) betrachtet man in